

INHALT

- | | |
|---|--|
| <p>5. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 28. Februar 2016; Wahlvorbereitung, Abstimmungsverfahren und Ermittlung der Wahlergebnisse</p> <p>6. Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</p> | <p>7. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2016</p> <p>8. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2016
<i>Verbraucherpreisindex für Dezember 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|

5.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 28. Februar 2016; Wahlvorbereitung, Abstimmungsverfahren und Ermittlung der Wahlergebnisse

Wahlvorbereitung:

Wahlunterlagen:

Die Gemeindevahlbehörde hat die Beschaffung der Wahlkuverts und die Herstellung der amtlichen Stimmzettel zu veranlassen. Dabei macht es die Verpflichtung, den Briefwählern zeitgerecht die Wahlunterlagen (Wahlkarte, Wahlkuvert und Stimmzettel) zuzusenden oder auszuhändigen, erforderlich, dass die entsprechenden Veranlassungen bereits unmittelbar nach der Entscheidung über die Wahlvorschläge und Koppelungen getroffen werden.

Näheres dazu sowie zur Ausgestaltung der Wahlkarten, der amtlichen Stimmzettel und der Wahlkuverts ist den §§ 49 und 50 sowie den Anlagen 1 bis 3 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994, LGBl. Nr. 88 (TGWO 1994), zu entnehmen.

Vorkehrungen im Zusammenhang mit der Briefwahl:

Vor dem Hintergrund der knapp bemessenen Fristen des Wahlkalenders, insbesondere der Möglichkeit einer schriftlichen Antragsstellung bis einschließlich Mittwoch, den 24. Februar 2016, ist zudem besonderes Augenmerk auf eine **rechtzeitige Zusendung von Wahlkarten** zu legen. Ist bei einer – antragsgemäßen – Übersendung im Postweg ein Einlangen beim Briefwähler vor dem Wahltag nicht mehr gewährleistet, so sollte nach Möglichkeit auf ein Abholen der Wahlkarte hingewirkt oder in geeigneter Form auf das allenfalls verspätete Einlangen und den damit verbundenen

Verlust der Möglichkeit zu wählen hingewiesen werden.

Im gegebenen Zusammenhang wird nochmals auf das Procedere hinsichtlich der **Stellung und Behandlung von Wahlkartenanträgen hingewiesen:**

Beim **mündlichen Antrag** ist die Identität durch ein Dokument nachzuweisen, beim **schriftlichen Antrag** kann die Identität, sofern der Antrag im Fall der elektronischen Einbringung nicht mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist, auch auf andere Weise, insbesondere durch Vorlage der Ablichtung eines Lichtbildausweises oder einer anderen Urkunde, glaubhaft gemacht werden. Für die Antragsstellung kann – anders als für die Abholung oder die Zusendung der Wahlkarte – keine Vollmacht erteilt werden. **Unzulässig** sind zudem **telefonische Anträge** auf Ausstellung einer Wahlkarte!

Wahlkarten können bei der Gemeinde **persönlich** oder von einer vom Antragsteller **bevollmächtigten Person abgeholt** oder bei Angabe einer Zustelladresse **zugesandt** werden.

Wahlberechtigte, die eine Wahlkarte beantragt haben, dürfen ihr Wahlrecht nur im Weg der Briefwahl oder direkt vor der Wahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis sie eingetragen sind, am Wahltag ausüben. Für abhanden gekommene oder unbrauchbar gewordene Wahlkarten, amtliche Stimmzettel oder Wahlkuverts darf kein Ersatz ausgedollt werden.

Die gültig ausgefüllte und verschlossene Wahlkarte ist der Gemeinde so rechtzeitig zu übersenden (Portokosten trägt die Gemeinde) oder zu übermitteln, dass die Wahlkarte bei der Gemeinde spätestens am 26. Februar 2016 einlangt, oder aber während der Wahlzeit am Wahltag der Wahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis der Wähler eingetragen ist, zu übermitteln. Die Übermittlung an die Gemeinde bzw. die Wahlbehörde kann durch persönliche Übergabe oder durch Übergabe mittels Boten erfolgen.

Keine zulässige Übermittlung ist der Einwurf der Wahlkarte in den Briefkasten der Gemeinde!

Wahlkarten, die bis **spätestens Freitag, den 26. Februar 2016**, bei der Gemeinde einlangen, sind mit einem Eingangsstempel zu versehen, wobei bei den persönlich übergebenen Wahlkarten zusätzlich zum Tag des Einlangens auch die Uhrzeit zu vermerken ist; zudem ist das Einlangen im besonderen Verzeichnis für die Briefwähler (zur konkreten Ausgestaltung desselben siehe § 34a Abs. 6 TGWO 1994) zu dokumentieren. Das besondere Verzeichnis und die bis zum genannten Termin bei der Gemeinde eingelangten Wahlkarten sind von dieser unter Verschluss zu verwahren und am Wahltag oder, wenn die Gemeindegewahlbehörde dies wegen der großen Anzahl an Wahlkarten beschließt, bereits am Tag vor dem Wahltag dem Wahlleiter der für die Erfassung dieser Wahlkarten zuständigen Wahlbehörde zu übergeben.

Abgesehen davon kann die Gemeindegewahlbehörde in Bezug auf diese Wahlkarten im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Belastung der Wahlbehörden und unter Berücksichtigung der Anzahl der zu erwartenden Wahlkarten beschließen, dass

- deren Erfassung einer Sonderwahlbehörde oder mehreren Sonderwahlbehörden zugewiesen oder in Gemeinden mit mehreren Sprengeln auch einer Sprengelwahlbehörde oder mehreren Sprengelwahlbehörden zugewiesen wird,
- in Gemeinden mit mehreren Wahlsprengeln deren Auswertung, und zwar durch die Einbeziehung in das Sprengelwahlergebnis, von einer Sprengelwahlbehörde oder von mehreren Sprengelwahlbehörden vorzunehmen ist.

Fasst die Gemeindegewahlbehörde keine entsprechenden Beschlüsse, so hat sie die Erfassung und die Auswertung der Wahlkarten selbst vorzunehmen. Spätester Termin für eine Beschlussfassung ist **Dienstag, der 23. Februar 2016**; die gefassten Beschlüsse sind unverzüglich kundzumachen. Spätestens an diesem Tag ist auch die **Kundmachung der Wahllokale, Wahlzeiten und Verbotszonen** vorzunehmen, wofür eine entsprechende Vorlage in der Wahlan-

wendung zur Verfügung steht (Näheres dazu sowie zur Einrichtung der Wahllokale ist den §§ 46 und 47 TGWO 1994 zu entnehmen).

Vorkehrungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Wahlrechtes vor der Sonderwahlbehörde:

Auch die Ausübung **des Wahlrechtes vor der Sonderwahlbehörde** bedarf eines entsprechenden Antrages, den Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen am Wahltag nicht möglich ist, ihr Wahlrecht im zuständigen Wahllokal auszuüben, stellen können. Ein solcher Antrag ist **spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag mündlich oder schriftlich** bei der Gemeinde zu stellen. Im Antrag sind der Grund und der genaue Ort, an dem der Wahlberechtigte von der Sonderwahlbehörde aufgesucht werden soll, anzugeben. Im Zweifelsfall hat der Wahlberechtigte das Vorliegen des Grundes für die Unmöglichkeit der Ausübung des Wahlrechtes im Wahllokal nachzuweisen. Die Tätigkeit der Sonderwahlbehörde ist auf das eigene Gemeindegebiet beschränkt. Die Gemeinde hat die Namen der Wahlberechtigten, die von der Sonderwahlbehörde aufzusuchen sind, und ihren Aufenthaltsort am Wahltag in ein Verzeichnis aufzunehmen und im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten in der Spalte „Anmerkung“ das Wort „Sonderwahlbehörde“ einzutragen. Das Verzeichnis ist spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag der zuständigen Sonderwahlbehörde zu übermitteln. Wahlberechtigte, die in diesem Verzeichnis eingetragen sind, dürfen ihr Wahlrecht nur vor der Sonderwahlbehörde ausüben. Fällt der Grund für den Antrag noch vor dem Wahltag weg, so ist er aus dem Verzeichnis zu streichen. Ebenso ist im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten das Wort „Sonderwahlbehörde“ zu streichen.

Nicht zulässig ist es, jemandem das Recht auf die Ausübung des Wahlrechtes vor der Sonderwahlbehörde unter Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl zu verwehren.

Abstimmungsverfahren:

Erfassung der bis zum 26. Februar 2016 bei der Gemeinde eingelangten Wahlkarten:

Am Wahltag, allenfalls schon am Tag vor dem Wahltag, sind zunächst die bis Freitag, den 26. Februar 2016, bei der Gemeinde eingelangten Wahlkarten zu erfassen. Wie bereits erwähnt, kommt diese Aufgabe der Gemeindegewahlbehörde, oder aber einer oder mehreren Sonder- bzw. Sprengelwahlbehörden zu. Die zuständige Wahlbehörde hat das rechtzeitige Einlangen der Wahlkarten, die Unversehrtheit des Verschlusses der Wahlkarten, die eidesstattlichen Erklärungen auf den Wahlkarten und den Inhalt der Wahlkarten zu prüfen.

Wahlkarten dürfen in die Ermittlung des Wahlergebnisses **nicht einbezogen** werden, wenn

- sie nicht rechtzeitig eingelangt oder auf unzulässige Art und Weise (beispielsweise durch Einwurf in den Gemeindebriefkasten) übermittelt wurden,
- die Wahlkarte derart beschädigt ist, dass ein vorangegangenes missbräuchliches Entnehmen oder Zurücklegen des Wahlkuverts nicht ausgeschlossen werden kann,
- die eidesstattliche Erklärung auf der Wahlkarte nicht abgegeben oder nachweislich nicht durch den Wahlberechtigten abgegeben wurde,
- die Wahlkarte kein Wahlkuvert enthält,
- die Wahlkarte zwei oder mehrere Wahlkuverts enthält,
- das Wahlkuvert beschriftet ist oder
- sich zumindest ein Stimmzettel zwar in der Wahlkarte, nicht aber im Wahlkuvert befindet.

Die zuständige Wahlbehörde hat die nicht in die Ermittlung des Wahlergebnisses einzubeziehenden Wahlkarten mit fortlaufenden Nummern zu versehen und dem Wahlakt unter Verschluss beizufügen. Auf den verspätet eingelangten Wahlkarten sind Datum und Uhrzeit des Einlangens zu vermerken. Die Gründe für die Nichteinbeziehung sind in der Niederschrift festzuhalten. Sodann hat sie die in die Ermittlung des Wahlergebnisses einzubeziehenden Wahlkarten zu öffnen, die darin enthaltenen Wahlkuverts zu entnehmen und ungeöffnet in ein Behältnis zu legen. Der Name des Wählers, dessen Wahlkuvert in das Behältnis gelegt wird, ist von einem Beisitzer der Wahlbehörde unter fortlaufender Zahl und mit Beisetzung der auf der Wahlkarte aufscheinenden Zahl des Wählerverzeichnis in ein Abstimmungsverzeichnis einzutragen. Die Wahlkarten sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und dem Wahlakt anzuschließen.

Für die **Niederschrift über die Erfassung der bis 26. Februar (Freitag) eingelangten Wahlkarten** steht eine entsprechende Vorlage in der Wahlanwendung zur Verfügung.

Wahlhandlung am Wahltag:

An der Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters dürfen nur Wahlberechtigte teilnehmen, deren Namen in den abgeschlossenen Wählerverzeichnissen enthalten sind. Jeder Wahlberechtigte hat sein Wahlrecht grundsätzlich im Wahllokal jenes Wahlsprengels auszuüben, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist (ausgenommen Briefwähler und Wähler, die von der Sonderwahlbehörde aufgesucht werden).

Für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei der Wahlhandlung hat der Wahlleiter zu sorgen. Seinen Anordnungen hat jedermann Folge zu leisten. In das Wahl-

lokal dürfen außer den Mitgliedern der Wahlbehörde, ihren Hilfsorganen und den Vertrauenspersonen nur die Wähler zur Stimmabgabe oder Personen, die Wahlkarten abgeben wollen, eingelassen werden (die Stellvertreter der Wahlleiter, die Ersatzmitglieder der Wahlbehörden und die Stellvertreter der Vertrauenspersonen sind nur im Verhinderungsfall bzw. nach einer Ablöse anwesend). Die Wähler und die angeführten Personen haben das Wahllokal nach der Stimmabgabe oder der Abgabe der Wahlkarte(n) sofort zu verlassen, wobei der Wahlleiter zur ungestörten Durchführung der Wahl auch verfügen kann, dass die Wähler und die angeführten Personen nur einzeln in das Wahllokal eingelassen werden.

Zum konkreten Ablauf der Stimmabgabe sowie zur Ausübung des Wahlrechtes in Krankenanstalten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen siehe die §§ 52 und 53 TGWO 1994.

Wahl vor der Sonderwahlbehörde:

Die Sonderwahlbehörde hat während der Wahlzeit jene Wahlberechtigten aufzusuchen, die im Verzeichnis der von ihr aufzusuchenden Personen angeführt sind. Auf die Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde sind die allgemeinen Regeln über die Stimmabgabe sinngemäß anzuwenden. Insbesondere ist durch geeignete Vorkehrungen, wie das Aufstellen eines Wandschirmes und dergleichen, dafür zu sorgen, dass der Wähler unbeobachtet die Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert legen kann. Der Vorgang der Stimmabgabe ist in der Niederschrift zu beurkunden.

Eine Vorlage für die **Niederschrift über den Wahlvorgang vor der Sonderwahlbehörde** steht in der Wahlanwendung zur Verfügung.

Die Sonderwahlbehörde hat sich nach der Beendigung ihrer Tätigkeit oder nach dem Ablauf der Wahlzeit unverzüglich zur Gemeindewahlbehörde, in Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, zu der von der Gemeindewahlbehörde bestimmten Sprengelwahlbehörde zu begeben und dieser ihren Wahlakt zu übergeben. Die betreffende Wahlbehörde hat die ungeöffnet übernommenen Wahlkuverts noch vor der Öffnung der Wahlurne in diese zu werfen. Der Wahlakt der Sonderwahlbehörde, der aus dem Verzeichnis der von ihr aufzusuchenden Personen, der Niederschrift und dem Abstimmungsverzeichnis sowie der Empfangsbestätigung über die Anzahl der übernommenen amtlichen Stimmzettel und den nicht ausgefolgten amtlichen Stimmzetteln besteht, bildet einen Teil des Wahlaktes der zur Ermittlung des Wahlergebnisses zuständigen Wahlbehörde.

Briefwahl am Wahltag:

Ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, dass bei den bevorstehenden Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen **Wahlkarten erstmals auch noch am Tag der Wahl abgegeben** werden können. Personen, die sich lediglich zur Abgabe verschlossener Wahlkarten in ein Wahllokal begeben, haben diese dem Wahlleiter zu übergeben, welcher in der Folge zu überprüfen hat, ob die auf den übergebenen Wahlkarten aufscheinenden Wähler in das Wählerverzeichnis der betreffenden Wahlbehörde eingetragen sind. Trifft dies zu, so ist die Wahlkarte zu übernehmen und in das hierfür bestimmte Behältnis zu legen. Andernfalls ist die Wahlkarte dem Überbringer wiederum zu übergeben und dieser anzuleiten, wo er diese abgeben kann bzw. aufzuklären, dass eine Abgabe, etwa wegen des Ablaufs der Wahlzeit (im für ihn zuständigen Wahllokal), nicht mehr in Betracht kommt. Verweigert der Überbringer die Rücknahme einer Wahlkarte, so ist dieser Umstand auf der Wahlkarte zu vermerken und die Wahlkarte der Niederschrift ungeöffnet unter Verschluss beizuschließen.

Ermittlung der Wahlergebnisse:

Nach der Schließung des Wahllokales sind zunächst alle nicht benutzten Wahlkuverts und amtlichen Stimmzettel von den Tischen, auf denen das Wahlergebnis ermittelt werden soll, zu entfernen.

Erfassung der am Wahltag abgegebenen Wahlkarten:

Die am Wahltag abgegebenen Wahlkarten sind sodann dahingehend zu überprüfen, ob sie in das Wahlergebnis einzubeziehen sind oder nicht (das Prüfschema entspricht jenem der Erfassung der bei der Gemeinde bereits im Vorfeld der Wahl eingelangten Wahlkarten; siehe oben). Die nicht in das Wahlergebnis einzubeziehenden Wahlkarten sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und dem Wahlakt unter Verschluss beizufügen, wobei die Gründe für die Nichteinbeziehung in der Niederschrift festzuhalten sind. Anschließend sind den in die Ermittlung des Wahlergebnisses einzubeziehenden Wahlkarten die darin enthaltenen Wahlkuverts zu entnehmen und ungeöffnet in die allgemeine Wahlurne zu legen. Der Name des Wählers, dessen Wahlkuvert in die Wahlurne gelegt wird, ist von einem Beisitzer der Wahlbehörde unter der fortlaufenden Zahl und unter Beisetzung der Zahl des Wählerverzeichnisses in das Abstimmungsverzeichnis einzutragen.

In der Wahlurne befinden sich – neben den Kuverts der „regulären“ Wahl am Wahltag – zu diesem Zeitpunkt regelmäßig auch die Kuverts, die den bis zum Freitag vor dem Wahltag bei der Gemeinde eingereichten Wahlkarten entnommen wurden, sowie die von der Sonderwahlbehörde übergebenen Kuverts.

Zählung der amtlichen Stimmzettel und der Wahlkuverts, Stimmzählung:

Noch vor der Entleerung der Wahlurne hat die Wahlbehörde getrennt für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters festzustellen, wie viele amtliche Stimmzettel am Wahltag ausgegeben wurden, und zu überprüfen, ob diese Anzahl mit dem noch verbliebenen nicht ausgegebenen Rest mit der Anzahl der vor der Wahlhandlung vorhandenen amtlichen Stimmzettel übereinstimmt.

Nach der Entleerung der Wahlurne hat die Wahlbehörde die Wahlkuverts zu zählen und festzustellen:

- die Anzahl der von den Wählern am Wahltag mittels Stimmangabe im Wahllokal und mittels Wahlkarten abgegebenen Wahlkuverts,
- die Anzahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler,
- den mutmaßlichen Grund, wenn die Anzahl der am Wahltag abgegebenen Wahlkuverts nicht mit der Anzahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler übereinstimmt.

Im Anschluss daran hat die Wahlbehörde die Wahlkuverts zu öffnen, die amtlichen Stimmzettel zu entnehmen, deren Gültigkeit zu überprüfen, die ungültigen Stimmzettel getrennt für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters mit fortlaufenden Nummern zu versehen und getrennt für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters festzustellen:

- die Gesamtsumme der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen,
- die Summe der ungültigen Stimmen,
- die Summe der gültigen Stimmen,
- hinsichtlich der Wahl des Gemeinderates die Anzahl der auf die einzelnen Wählergruppen entfallenden gültigen Stimmen (Listensummen),
- hinsichtlich der Wahl des Bürgermeisters die Anzahl der auf die einzelnen Wahlwerber für diese Wahl entfallenden Stimmen.

Anschließend hat die Wahlbehörde die auf die einzelnen Wahlwerber für die Wahl des Gemeinderates entfallende Anzahl der Vorzugsstimmen festzustellen.

Beurteilung der Gültigkeit von amtlichen Stimmzetteln und von Vorzugsstimmen:

Der amtliche Stimmzettel für die Wahl des Gemeinderates ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welche Wählergruppe der Wähler wählen wollte. Dies ist der Fall, wenn der Wähler in einem der links neben den Bezeichnungen der Wählergruppen vorgedruckten Kreise ein liegendes Kreuz oder ein anderes Zeichen mit Tinte, Kugelschreiber, Filzstift, Farbstift, Bleistift und der-

gleichen anbringt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass er die in derselben Zeile angeführte Wählergruppe wählen wollte. Der amtliche Stimmzettel ist auch dann gültig ausgefüllt, wenn der Wille des Wählers auf andere Weise, wie beispielsweise durch Anhaken, Unterstreichen, sonstige entsprechende Kennzeichnung einer Wählergruppe oder durch Durchstreichen der übrigen Wählergruppen, eindeutig zu erkennen ist. Der amtliche Stimmzettel gilt weiters als gültig ausgefüllt, wenn ihn der Wähler – wie eben beschrieben – hinsichtlich zweier oder mehrerer Wählergruppen behandelt hat, deren Wahlvorschläge miteinander gekoppelt sind. Die Stimme gilt dann für jene dieser Wählergruppen als gültig abgegeben, die auf dem amtlichen Stimmzettel zuerst gereiht ist.

Ein amtlicher Stimmzettel, der nur die Eintragung eines Wahlwerbers aufweist, gilt als gültige Stimme für die Wählergruppe des vom Wähler eingetragenen Wahlwerbers, wenn der Name des Wahlwerbers in der gleichen Zeile, die die Bezeichnung der Wählergruppe des Wahlwerbers enthält, in dem dafür vorgesehenen Raum eingetragen ist. Dasselbe gilt, wenn zwei Wahlwerber derselben Wählergruppe auf die angeführte Weise eingetragen wurden. Wurden zwei Wahlwerber verschiedener Wählergruppen, deren Wahlvorschläge miteinander gekoppelt sind, aber jeder von ihnen auf eine solche Weise eingetragen, so gilt die Stimme als für die auf dem amtlichen Stimmzettel zuerst angeführte Wählergruppe der miteinander gekoppelten Wahlvorschläge gültig abgegeben.

Der Wähler kann in dem auf dem amtlichen Stimmzettel für die Wahl des Gemeinderates dafür vorgesehenen Raum die Namen von höchstens zwei Wahlwerbern der von ihm gewählten (nach dem vorhin Gesagten als gewählt geltenden) Wählergruppe eintragen. Die Eintragung ist gültig, wenn aus ihr eindeutig hervorgeht, welche(n) Wahlwerber der gewählten Wählergruppe der Wähler eintragen wollte. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Eintragung mindestens den Familiennamen bzw. Nachnamen des Wahlwerbers oder bei Wahlwerbern derselben Wählergruppe mit demselben Namen ein entsprechendes Unterscheidungsmerkmal (z. B. Angabe der Reihungsziffer in der Wahlwerberliste, des Vornamens, des Geburtsjahres, des Berufes oder der Adresse) enthält. Wurde der Name eines Wahlwerbers nicht in der Zeile der gewählten (als gewählt geltenden) Wählergruppe im dafür vorgesehenen Raum eingetragen oder wurde auf dem amtlichen Stimmzettel ein Wahlwerber eingetragen, der nicht Wahlwerber der gewählten (als gewählt geltenden) Wählergruppe ist, so gilt die Eintragung als nicht erfolgt. Wurden mehr als zwei Wahlwerber eingetragen, so gilt keiner der Wahl-

werber als eingetragen. Wurde ein Wahlwerber der gewählten (als gewählt geltenden) Wählergruppe in dem dafür vorgesehenen Raum mehrmals eingetragen, so gilt er als nur einmal gültig eingetragen. Wurden zwei Wahlwerber verschiedener Wählergruppen, deren Wahlvorschläge miteinander gekoppelt sind, jeweils hinsichtlich ihrer Wählergruppe eingetragen, so gilt die Eintragung nur bezüglich jenes Wahlwerbers als gültig erfolgt, dessen Wählergruppe vom Wähler gewählt wurde (bzw. als gewählt gilt).

Der amtliche Stimmzettel für die Wahl des Bürgermeisters ist gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welchen Wahlwerber der Wähler wählen wollte. Diesbezüglich gelten die Ausführungen zu gültigen Ausfüllung des amtlichen Stimmzettels für die Wahl des Gemeinderates sinngemäß.

Eine Vorlage für die **Niederschrift über den Wahlvorgang und die Stimmenzählung** steht in der Wahlanwendung zur Verfügung.

Nach der Stimmenzählung haben die Wahlbehörden ihre Wahlakten unverzüglich der Gemeindegewahlbehörde zu übersenden.

Feststellung der Wahlergebnisse durch die Gemeindegewahlbehörde:

Zunächst hat die Gemeindegewahlbehörde die von den Sprengelwahlbehörden getroffenen Feststellungen aufgrund der Niederschriften zu überprüfen und für den gesamten Bereich der Gemeinde zusammenzurechnen (siehe dazu das entsprechende Summenblatt in der Wahlanwendung).

Sodann hat die Gemeindegewahlbehörde die **Wahlzahl** zu ermitteln und die zu vergebenden Mandate auf die Wählergruppen zu verteilen. Zur Berechnung der Wahlzahl sind die Listensummen nach ihrer Größe geordnet nebeneinander zu schreiben; unter jede Listensumme sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind zusammen mit den Listensummen nach ihrer Größe zu ordnen, wobei mit der größten Listensumme zu beginnen ist. Als Wahlzahl gilt die Zahl, die in der Reihe die sovielte ist, wie die Zahl der zu vergebenden Mandate beträgt (Verfahren nach d'Hondt). **Jede Wählergruppe** erhält sovielen **Mandate**, als die Wahlzahl in ihrer Listensumme enthalten ist.

Gekoppelte Wählergruppen sind bei der Mandatsverteilung zunächst als eine Wählergruppe zu behandeln; für die **Unterverteilung der Mandate auf die gekoppelten Wählergruppen** ist in sinngemäßer Anwendung eine ge-

sonderte – in der Folge auch für die Vergabe der Mandate an die einzelnen Wahlwerber geltende – (niedrigere) Wahlzahl zu ermitteln.

Die auf die jeweilige Wählergruppe entfallenden Mandate werden wie folgt auf die einzelnen Wahlwerber verteilt:

- Zuerst werden nur jenen Wahlwerbern Mandate zugewiesen, deren Reihung auf der Wahlwerberliste der Anzahl der erreichten Mandate entspricht (bei einem Mandat nur dem Wahlwerber Nr. 1, bei zwei Mandaten den Wahlwerbern Nr. 1 und Nr. 2 usw.). Ein Mandat ist jedoch nur jenen von diesen Wahlwerbern zuzuweisen, die mindestens so viele Vorzugsstimmen erhalten haben, wie die Wahlzahl beträgt. Die **Anzahl der Vorzugsstimmen** spielt bei der Reihenfolge der Mandatsvergabe in diesem Stadium **keine Rolle**. Einem Wahlwerber, der zum Bürgermeister gewählt wurde (als zum Bürgermeister gewählt gilt) oder der zumindest in die engere Wahl des Bürgermeisters kommt, ist jedenfalls das erste zu vergebende Mandat zuzuweisen.
- Können nicht alle Mandate auf diese Weise vergeben werden, so sind den restlichen Wahlwerbern einer Wahlwerberliste die noch nicht vergebenen Mandate zuzuweisen (bei einem – diesfalls noch nicht vergebenen – Mandat den Wahlwerbern ab der Nr. 2, bei zwei Mandaten den Wahlwerbern ab der Nr. 3 usw.). Auch hier kommen nur jene Wahlwerber zum Zug, die mindestens so viele Vorzugsstimmen erhalten haben, wie die Wahlzahl beträgt. Die Mandatszuweisung erfolgt nun **nach der Anzahl der erhaltenen Vorzugsstimmen**, wobei mit der Höchstzahl der Vorzugsstimmen zu beginnen ist. Bei gleicher Anzahl an erhaltenen Vorzugsstimmen sind die Mandate den Wahlwerbern nach ihrer Reihung auf der Wahlwerberliste zuzuweisen.
- Verbleibende Mandate sind sodann den Wahlwerbern, die noch kein Mandat erhalten haben, nach ihrer Reihung auf der Wahlwerberliste zuzuweisen.

Die Wahlwerber, die nach dem geschilderten Procedere kein Mandat erhalten haben, sind Ersatzmitglieder des Gemeinderates. Ihre Reihung richtet sich im Regelfall nach ihrer Reihung auf der Wahlwerberliste und nur für den unwahrscheinlichen Fall, dass noch Wahlwerber übrig sind, die zumindest die Wahlzahl als Vorzugsstimmen aufweisen, nach der Anzahl an Vorzugsstimmen.

Zum **Bürgermeister** ist jener Wahlwerber **gewählt**, auf dessen Wählergruppe mindestens ein Gemeinderatsmandat entfällt und der mehr als die Hälfte der für die Wahl des Bürgermeisters abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Konnte kein Wahlwerber, auf dessen Wählergruppe mindestens ein Gemeinderatsmandat entfällt, mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreichen, so hat zwischen jenen **beiden Wahlwerbern**, auf deren Wählergruppen mindestens ein Gemeinderatsmandat entfällt und die die meisten gültigen Stimmen erhalten haben, ein zweiter Wahlgang (**engere Wahl**) stattzufinden (Würden wegen Stimmengleichheit mehr als zwei Wahlwerber in die engere Wahl kommen, so entscheidet das Los).

Als zum Bürgermeister gewählt gilt unabhängig von der Anzahl der für ihn abgegebenen gültigen Stimmen der Wahlwerber jener Wählergruppe, auf die mindestens ein Mandat zum Gemeinderat entfällt, wenn auf die Wählergruppen der übrigen Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters kein Mandat zum Gemeinderat entfällt oder er der einzige Wahlwerber ist.

Entfällt auf keine Wählergruppe eines Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters ein Gemeinderatsmandat, so ist der Bürgermeister vom neugewählten Gemeinderat aus dessen Mitte zu wählen.

Die Gemeindewahlbehörde hat die **engere Wahl** spätestens am Donnerstag, den 3. März 2016, durch öffentlichen Anschlag kundzumachen.

Der engeren Wahl sind die abgeschlossenen Wählerverzeichnisse der ersten Wahl unverändert zugrunde zu legen.

Die Bestimmungen über die Wahl des Bürgermeisters gelten auch für die engere Wahl.

Die engere Wahl findet nicht statt,

- wenn einer der beiden Wahlwerber darauf verzichtet, sich dieser Wahl zu stellen (in diesem Fall gilt der andere Wahlwerber als gewählt) oder
- wenn beide Wahlwerber darauf verzichten, sich dieser Wahl zu stellen (in diesem Fall ist der Bürgermeister vom neu gewählten Gemeinderat aus dessen Mitte zu wählen).

Erhalten beide Wahlwerber dieselbe Anzahl an Stimmen, so gilt jener Wahlwerber als zum Bürgermeister gewählt, dessen Wählergruppe bei der Wahl des Gemeinderates die größere Anzahl an Stimmen erreicht hat.

Kundmachung der Wahlergebnisse durch die Gemeindewahlbehörde:

Nach der Beurkundung des von der Gemeindewahlbehörde festgestellten Ergebnisses der Wahl des Gemeinderates und der Wahl des Bürgermeisters in einer Niederschrift ist dieses an der **Amtstafel der Gemeinde kundzumachen**.

Weiters hat die Gemeindewahlbehörde **das Wahlergebnis unverzüglich der Bezirkswahlbehörde bekanntzugeben** und eine Ausfertigung der Niederschrift vorzulegen.

Vorlagen:

Für die **Niederschrift über die Feststellung des Wahlergebnisses** und die **Kundmachung des Wahlergebnisses** stehen wiederum entsprechende Vorlagen in der Wahlan-

wendung zur Verfügung.

Fallbeispiele zur Beurteilung der Gültigkeit von Stimmen und Vorzugsstimmen, zur Ermittlung der Wahlzahl (mit und ohne Koppelungen) und zur Verteilung der Mandate an die einzelnen Wahlwerber können dem nunmehr in 5. Auflage vorliegenden Kommentar zur Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 von *Stockhauser/Zangerl*, 93ff, entnommen werden.

6.

Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

Für das Jahr 2016 ist unter dem Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal (Haushaltsjahr 2015)“ wiederum ein Betrag von drei Millionen Euro vorgesehen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat **angemessene einmalige und laufende Gebühren** vorzuschreiben.

Maßgeblich sind die Gebührensätze des Jahres 2015. In diesem Jahr waren EUR 5,41 inkl. Umsatzsteuer je m³ Bau- masse bzw. EUR 16,23 inkl. Umsatzsteuer je m² Brutto- geschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Able- sezeitpunkt im Jahr 2015 EUR 2,083 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt EUR 2,115 inkl. Umsatzsteuer je m³ Was- serbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vor- zuschreiben. (Siehe auch das Schreiben der Abt. Gemein- den, Gem-A-18/2-2014 vom 14.11.2014).

2. Die Gemeinde war im Haushaltsjahr 2015 nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch **zumutbare einmalige und laufende Gebühren** auszugleichen (Rechnungsabgang im ordentlichen Haushalt im Ab- schnitt 851).

Als **zumutbare einmalige Gebühren** gelten die unter Punkt 1 genannten Gebührensätze. Als **zumutbare lau- fende Gebühr** gilt ein Tarif von **EUR 2,18 inkl. Umsatz- steuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler**. Liegt die laufende Gebühr unter der zumutbaren aber noch mindes- tens bei der angemessenen Gebühr, so erfolgt eine Kür- zung des Förderbetrages.

3. Werden **verlorene Zuschüsse (Förderungen)** ge- währt, die die Kanalgebührenbelastung auch nur für ei- nen einzelnen Gebührenpflichtigen im Ergebnis auf we- niger als die **angemessenen Gebühren** vermindern, so ist die Gewährung einer Bedarfszuweisung zum Ge- bührenhaushalt Kanal nicht möglich.

4. Eine weitere Voraussetzung ist die **fristgerechte Be- schlussfassung der Jahresrechnung 2015** bis spätes- tens 31. März 2016 (§ 108 Abs. 1 TGO).

Als Nachweis ist die **Niederschrift** der Gemeinderatssit- zung beim Bedarfszuweisungsantrag im Reiter „Mittei- lungen“ anzuschließen.

5. Nach Vorliegen des auf Status BH oder Gemeinde- abteilung weitergeleiteten **endgültigen Gemeinde- haushaltsdatenträgers (GHD)** kann unter „Anträge“ mit der Filterauswahl Vorgangstyp „Gebührenhaushalt Kanal“ und nach der Betätigung der Schaltfläche „Su- chen“ der Antrag „Gebührenhaushalt Kanal 2016“ aus- gewählt werden.

Im Reiter „Kennzahlen“ sind sodann die vorgegebenen Fel- der (Gebührensätze der Gemeinde im Jahr 2015) zu befül- len. Im Reiter „Mitteilungen“ sind die Niederschrift über die **Beschlussfassung der Jahresrechnung 2015** samt **Kundmachung** sowie die Niederschriften des Gemeinde- rates über die **Festsetzung der im Jahr 2015 gültigen Ge- bühren** (einmalige und laufende Gebühren) und die aktu- ell gültige **Kanalgebührenordnung** anzuschließen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Bearbeitung des An- trages ohne die erwähnten beizulegenden Unterlagen nicht möglich ist!

Der ausgefüllte Antrag ist **bis spätestens Mittwoch, den 20. April 2016**, an die Abteilung Gemeinden weiterzuleiten.

Gemäß dem Schreiben Gem-A-18/2-2014 wird darauf hingewiesen, dass allfällige **nachträgliche Korrekturen von Rechnungsabschlusspositionen** bei der Antragsstellung (Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen, Personalaufwand etc.) im Haushaltsteil nicht mehr möglich sind und nur mehr dann anerkannt werden, wenn diese bereits in der Jahresrechnung enthalten sind.

Die Aufsichtsbehörde behält sich vor, sich die diesen Positionen zugrundeliegenden Kalkulationen (Stundenaufzeichnungen etc.) zur Prüfung vorlegen zu lassen.

Die Abteilung Gemeinden prüft die Anträge sodann inhaltlich und legt bis Ende Juni 2016 einen Verteilungsvorschlag vor. Eine zugesagte Förderung wird in der Regel im Zuge der 2. Ausschüttung der Bedarfszuweisungen ausbezahlt.

Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugutekommen, die trotz zumutbarer Gebühren unter Zugrundelegung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen. Kann mit dem vorgesehenen Betrag von EUR 3,0 Mio. nicht das Auslangen ge-

funken werden, werden die Bedarfszuweisungen **im Verhältnis der Finanzkraft II** der Gemeinden **gekürzt**. Die Landesregierung behält sich weiters eine **Deckelung (Obergrenze)** des Förderbetrages vor.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wird besonders darauf hingewiesen, dass die unter „Mitteilungen“ durch die Gemeinde bereitgestellten Unterlagen für die Bearbeitung eines Antrages **vollständig** vorgelegt werden müssen (Niederschrift Beschlussfassung Jahresrechnung samt Kundmachung, Niederschriften Festsetzung Gebührensätze Anschlussgebühr und laufende Gebühr für das Jahr 2015 sowie die aktuell gültige Kanalgebührenordnung). Andernfalls kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer verspäteten Beschlussfassung der Jahresrechnung 2015 nach dem 31. März 2016, bei Nichtvorhandensein eines korrekten, endgültigen und weitergeleiteten GHD-Datenträgers zum Stichtag 20. April 2016, bei einem unvollständigen Antrag (insbesondere bei Fehlen weiterer für die Förderungsabwicklung notwendiger Beilagen) oder bei verspäteter Antragstellung nach dem festgesetzten Termin 20. April 2016 ausnahmslos keine Bedarfszuweisung gewährt werden kann!

7.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2016

Ertragsanteile an	Februar		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	1.312.835	1.238.896	-73.939	-5,63
Lohnsteuer	24.290.608	26.055.355	1.764.747	7,27
Kapitalertragsteuer	2.041.542	2.043.259	1.718	0,08
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	548.870	443.112	-105.757	-19,27
Körperschaftsteuer	1.013.506	622.448	-391.057	-38,58
Abgeltungssteuern Schweiz	1.202	15.075	13.873	1154,57
Abgeltungssteuern Liechtenstein	2.902	-2	-2.905	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	10.188	15.501	5.313	52,15
Stiftungseingangssteuer	1.376	1.694	319	23,15
Bodenwertabgabe	7.206	8.253	1.047	14,53
Stabilitätsabgabe	-2.612	-13.397	-10.785	412,94
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	29.227.623	30.430.195	1.202.573	4,11
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	23.163.493	21.956.736	-1.206.757	-5,21
Abgabe von alkoholischen Getränken	17	17	-1	-3,59
Tabaksteuer	1.241.449	1.378.848	137.400	11,07
Biersteuer	196.779	156.426	-40.353	-20,51
Mineralölsteuer	4.625.782	4.897.807	272.025	5,88
Alkoholsteuer	115.365	145.132	29.768	25,80
Schaumweinsteuer	10.131	16.369	6.238	61,58
Kapitalverkehrssteuern	47.349	411.188	363.839	768,42
Werbeabgabe	372.409	396.813	24.404	6,55
Energieabgabe	878.547	884.422	5.876	0,67
Normverbrauchsabgabe	323.817	300.624	-23.193	-7,16
Flugabgabe	71.844	90.815	18.971	26,41
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	24.162	24.162	100,00
Grunderwerbsteuer	7.844.638	11.020.999	3.176.361	40,49
Versicherungssteuer	1.597.369	1.533.581	-63.788	-3,99
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.538.919	1.551.920	13.002	0,84
KFZ-Steuer	3.626	1.860	-1.766	-48,71
Konzessionsabgabe	249.264	248.284	-980	-0,39
rechnungsmäßig Ertragsanteile	42.280.796	45.016.003	2.735.208	6,47
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	41.401.712	44.136.920	2.735.208	6,61
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	70.629.335	74.567.115	3.937.780	5,58
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	6.168.496	5.839.295	-329.202	-5,34
Werbesteuerausgleich	59.617	63.470	4.061	6,87
Werbeabgabe nach der Volkszahl	312.791	333.343	21.533	6,97
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

8.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2016

Ertragsanteile an	Jänner - Februar		Änderung	
	2015	2016	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	11.600.953	12.132.524	531.571	4,58
Lohnsteuer	46.098.114	49.514.295	3.416.180	7,41
Kapitalertragsteuer	2.637.738	3.517.043	879.305	33,34
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.097.740	886.225	-211.515	-19,27
Körperschaftsteuer	15.957.022	14.794.553	-1.162.469	-7,29
Abgeltungssteuern Schweiz	1.189	15.075	13.885	1167,41
Abgeltungssteuern Liechtenstein	4.192	-16	-4.208	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	14.570	16.010	1.441	9,89
Stiftungseingangssteuer	4.614	3.916	-698	-15,12
Bodenwertabgabe	160.714	149.511	-11.203	-6,97
Stabilitätsabgabe	629.074	442.593	-186.481	-29,64
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	78.205.919	81.471.728	3.265.809	4,18
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	43.708.701	43.592.877	-115.824	-0,26
Abgabe von alkoholischen Getränken	45	51	6	13,09
Tabaksteuer	2.691.804	2.797.096	105.293	3,91
Biersteuer	257.575	302.722	45.147	17,53
Mineralölsteuer	6.987.850	8.408.189	1.420.339	20,33
Alkoholsteuer	184.673	254.791	70.118	37,97
Schaumweinsteuer	17.088	28.936	11.847	69,33
Kapitalverkehrsteuern	72.816	531.143	458.327	629,43
Werbeabgabe	765.552	751.481	-14.071	-1,84
Energieabgabe	1.419.662	1.728.369	308.707	21,75
Normverbrauchsabgabe	616.675	562.572	-54.103	-8,77
Flugabgabe	159.482	186.564	27.082	16,98
Grunderwerbsteuer (Auft. n. einheitl. Schlüssel)	0	48.324	48.324	100,00
Grunderwerbsteuer	15.008.274	20.300.849	5.292.575	35,26
Versicherungssteuer	2.371.691	2.308.952	-62.739	-2,65
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.077.837	3.103.841	26.004	0,84
KFZ-Steuer	91.159	91.396	237	0,26
Konzessionsabgabe	500.068	501.678	1.610	0,32
rechnungsmäßig Ertragsanteile	77.930.951	85.499.831	7.568.879	9,71
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	1.758.167	1.758.167	0	0,00
Summe sonstige Steuern	76.172.785	83.741.664	7.568.879	9,94
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	154.378.704	165.213.392	10.834.688	7,02
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	11.632.283	11.592.366	-39.917	-0,34
Werbesteuerausgleich	122.554	120.200	-2.354	-1,92
Werbeabgabe nach der Volkszahl	642.998	631.282	-11.716	-1,82
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	501.670	501.670	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	November 2015 (endgültig)	Dezember 2015 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,0	111,4
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,5	122,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	134,4	134,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	141,4	141,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	184,9	185,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	287,5	288,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	504,5	506,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	642,8	645,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	644,9	647,2

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2015 beträgt 111,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2015 um 0,4% gestiegen (November 2015 gegenüber Oktober 2015: + 0,1%). Gegenüber Dezember 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (November 2015/2014: +0,6%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck